



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	glp lehnt Wiedereinführung von Marktstützungsmassnahmen im Viehexport ab
Für Rückfragen	Kathrin Bertschy, Nationalrätin, Tel. +41 78 667 68 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. Dezember 2011

Grünliberalen lehnen Rückschritt in der Agrarpolitik durch Wiedereinführung von Viehexportsubventionen ab

Die Grünliberalen lehnen die Wiedereinführung von Marktstützungssubventionen im Viehexport ab. Eine Mehrheit des Nationalrats aus CVP, BDP und SVP will mit der parlamentarischen Initiative zum „Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz“ den erst auf Anfang 2010 gefassten Entschluss zur Abschaffung der Viehexportsubventionen bereits wieder rückgängig machen. Die Marktstützungsmassnahmen in Millionenhöhe wären ein gewaltiger Rückschritt in der Landwirtschaftspolitik. Da das qualifizierte Mehr für die Ausgabenbremse nicht erreicht wurde, setzt die glp auf den Ständerat und hofft, dass auf diese marktverzerrenden Exportsubventionen definitiv verzichtet wird. Stattdessen fordern die Grünliberalen eine finanzielle Unterstützung für eine zeitgemässe und nachhaltige Landwirtschaft.

Die Grünliberalen befürworten eine nachhaltige und wirtschaftlich starke Landwirtschaft, welche nicht nur Nahrungsmittel produziert, sondern wichtige Leistungen zugunsten der Gesellschaft erbringt, wie beispielsweise für den Erhalt von Biodiversität und Landschaft sowie der Versorgungssicherheit. Nach wie vor werden aber mehrheitlich nicht wie von der Verfassung vorgegeben, gemeinwirtschaftliche Leistungen der Landwirtschaft abgegolten, sondern Pauschalen ausgerichtet und damit auch nicht nachhaltige Betriebsmodelle und für die Umwelt problematische Produktionsweisen gefördert.

Öffentliche Gelder nachhaltig, transparent und effizient einsetzen

Die öffentlichen Aufwendungen für die Landwirtschaft betragen über CHF 4 Milliarden pro Jahr. Diese Unterstützung sollte sich vermehrt an ökologischen Grundsätzen ausrichten und zudem transparent und effizient geschehen. Direktzahlungen sind dafür geeigneter als Subventionen. Die Wiedereinführung von Marktstützungsmassnahmen im Viehexport ist daher klar abzulehnen: Ausfuhrhilfen sind nicht nur ineffizient und marktverzerrend, sie widersprechen auch den Zielen der WTO, welche alle Formen von Ausfuhrbeihilfen abschaffen möchte.

Die Befürworter der Exportsubventionen argumentieren mit der Ungleichbehandlung mit der EU. Abgesehen davon, dass es die Grünliberalen falsch finden, marktverzerrende Exportsubventionen nur deswegen einzuführen, weil diese in der EU teilweise noch bestehen, greift die Argumentation zu kurz: Auch die EU kennt innereuropäisch keine Exportsubventionen mehr. Da der Grossteil der Schweizer Viehexporte in die EU führt, liegt hier auch keine Benachteiligung der Schweizer Landwirtschaft vor. Es ist daher nicht einzusehen, warum die Schweiz einen Schritt zurück in die Landwirtschaftspolitik der Achtzigerjahre machen sollte.

Heutiger Beschluss ist eine Farce

Da das qualifizierte Mehr für die Ausgabenbremse nicht erreicht wurde, ist der heutige Entscheid vorläufig ohne Konsequenzen. Damit verkommt auch die anschliessend beschlossene Änderung des Bundesbeschlusses über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft, welcher die Umlagerung der Mittel von den Direktzahlungen in den Produktions- und Absatzförderungstopf vornimmt, zur Farce, da die Mittel dafür nicht gesprochen sind. Die Vorlage geht nun für eine weitere Runde zurück an den Ständerat. Die Grünliberalen sind zuversichtlich, dass der Ständerat an seinem Nichteintretensentscheid festhält und der Nationalrat diesem in der nächsten Runde folgt.